

# Nepal im Überblick

## zusammengestellt von Thomas Döhne

### Nepal hat einen Präsidenten

Am 21. Juli 2008, zwei Monate nach der Abschaffung der Monarchie, hat die Verfassung gebende Versammlung Ram Baran Yadav von der nepalesischen Kongresspartei zum ersten Präsidenten der jungen Republik gewählt. Yadav erhielt mehr als die Hälfte der Stimmen in der 594-köpfigen Versammlung. Der von den Maoisten nominierte Anti-Monarchist Ramraja Singh scheiterte in der Stichwahl. Die Wahl des Kongresspolitikers stellt die Geduld der Maoisten auf die Probe. Sie bilden mit rund 220 Mitgliedern die größte Fraktion in der Versammlung. Mit dem parteilosen Singh hatten sie auf weitere Stimmen außerhalb ihrer Fraktion gesetzt. Singh war einst wegen eines Bombenanschlags auf den Königspalast von Kathmandu zum Tode verurteilt worden. Nach der Abschaffung der Monarchie ist der Präsident das nominelle Staatsoberhaupt. Er wird auch den neuen Regierungschef vereidigen.

### „Polizeirebellion“ in Nepalgunj unblutig beendet

Eine mehrtätige Rebellion von Bereitschaftspolizisten in einer Kaserne des *Riot Police Battalion* in Nepalgunj ist am Abend des 14. Juli unblutig beendet worden. Dort hatten zuvor meuternde Polizisten unterer Dienstgrade acht Vorgesetzte und leitende Polizeioffiziere in Geiselhaft genommen. Sie hatten sich in der Kaserne verbarrikadiert und einen 20 Punkte umfassenden Forderungskatalog verfasst, in dem schlechte Arbeitsbedingungen, mangelhafte Versorgung, Schikanen durch Vorgesetzte und weit verbreitete Korruption kritisiert werden. Nachdem die Kaserne von Eliteeinheiten der Nepalischen Armee umstellt worden war, konnten die Meuterer zur Aufgabe überredet werden. Vier Rädelsführer wurden verhaftet, ihnen drohen lange Haftstrafen. Zuvor hatte es innerhalb von nur zwei Monaten bereits zwei ähnliche Vorfälle in anderen Einheiten der Sicherheitskräfte gegeben.

### Öffentliche Schutzgeldzahlungen an bewaffnete Gruppen

In Rautahat Distrikt haben sich die Sekretäre der Dorfwirtschaftskomitees (*Village Development Committees*, VDC – kommunale Verwaltungseinheit, die mehrere Dörfer umfasst) darauf geeinigt, Schutzgelder an mehrere im Distrikt operierende bewaffnete Gruppen

zu zahlen. Wie die Kathmandu Post am 15. Juli berichtet, sei dieser Beschluss auf Anweisung des obersten staatlichen Distriktverwalters (CDO) gefasst worden. Die in verschiedenen Bezirken im Terai aktiven Untergrundgruppen *Janatantrik Tarai Mukti Morcha* (Singh), *Akhil Tarai Mukti Morcha* und *Tarai Cobra* hätten insgesamt 1,4 Millionen Rupien an Schutzgeldern von 96 VDCs im Distrikt verlangt und die VDC-Sekretäre im Falle einer Verweigerung der Zahlungen mit dem Tod bedroht.

### Fragwürdige Empfehlungen zur Straflosigkeit

Eine von der US-amerikanischen Beratungsfirma *Holland & Knight* im Auftrag der nepalischen Regierung erstellte Studie empfiehlt eine umfassende Amnestie für Personen, die während des zehnjährigen Maoistenaufstands Menschenrechtsverletzungen begangen haben. Vertreter zivilgesellschaftlicher Organisationen kritisieren die Studie als Versuch, dem umstrittenen Gesetzesentwurf für eine Wahrheits- und Versöhnungskommission (*Truth and Reconciliation Commission*, TRC) nachträglich Legitimität zu verleihen. Der im letzten Jahr vorgelegte Gesetzesentwurf war nach massivem Protest nationaler und internationaler Menschenrechtsorganisationen auf Eis gelegt worden, weil auch er eine umfassende Amnestie und damit Straflosigkeit vorgesehen hatte.

### 300 Nepalis sitzen in Bagdad fest

300 Nepalis, die – angeworben von einem in Bagdad ansässigen nepalischen Vermittler – in der Hoffnung auf lukrative Jobs in einem Hotel sowie bei einer Sicherheitsfirma in den Irak gereist sind, sitzen derzeit in der von Gewalt zerrissenen irakischen Hauptstadt fest. Sie erhalten weder Unterkunft noch angemessene Verpflegung, und müssen in der Nähe des als sehr unsicher geltenden Flughafens unter freiem Himmel zu übernachten. Der Besitzer des Hotels, bei dem ein Teil der Betroffenen arbeiten sollte, hatte sich geweigert, sie einzustellen. Seit der Streit eskalierte, werden die Arbeiter von der irakischen Polizei festgehalten und bewacht. Viele von ihnen hatten bis zu 300000 Rupien an die Vermittlungsagentur bezahlt, um in den Irak zu kommen. Ihnen war außerdem unter Todesdrohungen auferlegt worden, nicht den Namen der beteiligten Vermittlungsagentur und Agenten preiszugeben.

## Gewaltsame Proteste gegen Fahrpreiserhöhungen

In Tansen, Westnepal, kam es Mitte Juli wiederholt zu gewaltsamen Ausschreitungen im Zusammenhang mit Protesten gegen die Fahrpreiserhöhungen bei öffentlichen Verkehrsmitteln und die Weigerung, ermäßigte Fahrpreise zu gewähren. Die Situation eskalierte als demonstrierende Studenten mit Straßenblockaden versuchten, einen Transportstreik (Banda) durchzusetzen und mehrere Fahrzeuge demolierten. Daraufhin stürmten aufgebrachte Transportunternehmer auf den Campus und gingen mit Knüppeln und Eisenstangen gegen Studenten vor. Es gab Dutzende von Verletzten, Studentenverbände forderten die Distriktbehörden auf, rechtliche Schritte gegen die Verantwortlichen einzuleiten.

## Absage an Föderalismus auf ethnischer Basis

Der Präsident der Kommunistischen Partei von Nepal (*Communist Party of Nepal*, CPN/UML), Pradeep Nepal, hat Anfang Juli davor gewarnt, eine föderale Struktur auf ethnischer Grundlage käme einer Einladung zum Bürgerkrieg gleich. Nepal sagte, die Nation müsse in mehr als Hundert Provinzen unterteilt werden, wenn die zukünftige föderale Struktur auf der Grundlage von Ethnizität gebildet werden solle. Nach seiner Auffassung sollte es zukünftig nicht mehr als 10 bis 15 Provinzen geben, deren genaue Zahl und Struktur durch politischen Konsens festgelegt werden müsse. Eine einzelne, das gesamte Terai umfassende „Madhesh-Provinz“ sei in keinem Fall akzeptabel. CPN(UML)-Sprecher Ram Chandra Jha, der selbst aus dem Terai stammt, wendete sich ebenfalls mit scharfen Worten gegen die von mehreren regionalen Terai Parteien erhobene Forderung nach einer „Madhesh Provinz“. „Die Madheshis sind historisch stark benachteiligt worden. Ihnen wurden stets zahlreiche Möglichkeiten verwehrt, die anderen offen standen. Doch anstatt daran zu arbeiten, dass sie in Zukunft gleiche Chancen auf Zugang erhalten, leisten die im Terai ansässigen Parteien dem Zerfall des Landes Vorschub“, erklärte Jha am 6. Juli auf einer Pressekonferenz in Kathmandu.

## UNMIN schließt Regionalbüros in Westnepal

Die Friedensmission der Vereinten Nationen in Nepal UNMIN hat am 10. Juli ihre beiden Regionalbüros in Nepalgunj und Dhangadhi (Westnepal) geschlossen, nachdem das UNMIN Mandat auf Waffenkontrolle und die Überwachung der maoistischen Kämpfer/innen

begrenzt worden ist. Wie UNMIN Chef Ian Martin mitteilte, wurden die Mitarbeitenden frühzeitig über die bevorstehenden Schließungen informiert, von der 170 Mitarbeitende in Nepalgunj und 100 in Dhangadhi betroffen waren. Wenige Wochen zuvor hatte die Regierung beschlossen, eine Verlängerung des UNMIN Mandats um weitere sechs Monate zu beantragen. Dieses Mandat hätte am 23. Juli geendet. Ein entsprechendes Schreiben war dem Generalsekretär der Vereinten Nationen übergeben worden.

## Hohe Auszeichnung für nepalische Frauenrechtlerin

Die nepalische Rechtsanwältin, Menschen- und Frauenrechtlerin Sapana Pradhan Malla hat im Juli von der *Peter and Patricia Gruber Foundation*, einer in den USA ansässigen philanthropischen Stiftung, eine hohe Auszeichnung für ihre herausragende Arbeit erhalten. Malla sei die „treibende Kraft für Änderungen in der nepalische Gesetzgebung gewesen, wodurch Vergewaltigung in der Ehe strafbar wurde, für einen Gesetzesentwurf zur Gleichstellung der Geschlechter (*Gender Equality Amendment Act*) sowie wegweisende Rechtsnormen zum Umgang mit Menschenhandel (*Human Trafficking Act*). Neben Malla, die inzwischen als eine von 36 zivilgesellschaftlichen Vertretern in die Verfassungsgebende Versammlung berufen wurde, erhielten zwei weitere Frauenrechtlerinnen aus dem Irak und aus Palästina den angesehenen Preis, jeweils eine Goldmedaille und ein Drittel des Preisgelds von insgesamt 500 000 US-Dollar.

## Tharus und Chure Bhawar gegen Madhes Provinz

Die im *Tharu Kalkarini Sabha* (TKS) zusammengeschlossenen Tharu-Organisationen und die *Chure Bhawar Ekata Party* (CBEP), eine ethnisch orientierte Partei, die sich die Interessen der ursprünglich aus den Bergen stammenden Tieflandbewohner (Pahadi) auf die Fahnen geschrieben hat, haben die Forderung verschiedener im Terai ansässigen Madhesh Parteien nach einer den gesamten Tieflandgürtel umfassenden „Madhesh-Provinz“ zurückgewiesen. Eine Umsetzung dieser Forderung würde nach Ansicht des CBEP Vorsitzenden Keshav Prasad Mainali das Ende der nationalen Integrität des Landes bedeuten. Seine Partei werde dem nicht tatenlos zusehen und sei bereit, die nationale Integrität notfalls mit Waffengewalt zu verteidigen. Die TKS weist Forderungen nach einer eigenständigen „Madhes Provinz“ ebenfalls zurück und hat für Juli ein mehrwöchiges Protestprogramm angekün-

digt. Tharus sehen sich selbst nicht als Madheshi an und wollen sich nicht deren Herrschaftsanspruch unterwerfen.

### Inflationsrate bald zweistellig

Aus einem Ende Juni veröffentlichten Bericht der staatlichen Nepal Rastra Bank geht hervor, dass die Inflationsrate im Land einen neuen Höhepunkt erreicht hat und mit weiteren Teuerungen von Nahrungsmitteln und anderen täglichen Gebrauchsgütern zu rechnen ist. So sei die Inflation auf der Basis des Verbraucherpreisindex Mitte Mai auf 9,2 Prozent gestiegen. Im Vorjahr habe sie im gleichen Zeitraum nur 4,6 Prozent betragen. Bezogen auf den Großhandelspreisindex sei die Inflation sogar auf 10,1 Prozent gestiegen, in kommenden Monaten müsse mit einem weiteren Anstieg gerechnet werden. Auch das Handelsdefizit sei in den ersten zehn Monaten des laufenden Haushaltsjahrs gestiegen. Während die Einfuhr um 21 Prozent gestiegen sei, sei die Ausfuhr von Produkten um 1,2 Prozent gesunken. Die Exporte nach Indien seien sogar um 7,5 Prozent gesunken. Dagegen seien die Rückführungen aus dem Ausland um 35,3 Prozent gestiegen und folglich die Devisenreserven Nepals um 19,3 Prozent.

### Weitere Benzinpreiserhöhungen unausweichlich

Die staatliche Ölgesellschaft NOC hat Ende Mai erneut vor einer akuten Verknappung von Öl, Gas und Benzin gewarnt. Daraufhin sagte die Regierung einen Kredit in Höhe von einer Milliarde zu, um die Versorgung mit Treibstoffen kurzfristig sicherzustellen. Dieser Betrag entspricht nach offiziellen Angaben dem Importbedarf von 15 Tagen. Die NOC benötigt täglich mindestens 85 Millionen Rupien, um die laufenden Kosten zu bezahlen. Diese sind in den vergangenen Jahren jährlich um ca. zehn Prozent gestiegen. Die NOC hat bereits über sieben Milliarden Rupien vom Staat geliehen, 2,15 Milliarden von kommerziellen Banken und 2,54 Milliarden von anderen Instituten. Sie steht aktuell mit 2,45 Milliarden bei der indischen Ölgesellschaft *Indian Oil Corporation*, ihrem einzigen Zulieferer, in der Kreide und hat Gesamtschulden in Höhe von 14,44 Milliarden Rupien angehäuft.



© CHAMNI GANJU



© MANU